



Stellenausschreibung

Das Bundesamt für Justiz in Bonn als zentrale Dienstleistungsbehörde der Justiz sowie Anlaufstelle und Ansprechpartner für den internationalen Rechtsverkehr sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

mehrere Sachbearbeiter bzw. mehrere Sachbearbeiterinnen (m/w/d)

für verschiedene Aufgabenbereiche.

Tätigkeitsprofil:

Es werden vielfältige Tätigkeiten der Sachbearbeitung in den verschiedenen Aufgabenbereichen des Bundesamts für Justiz geboten. Hierzu gehören u. a.

- in der Abteilung „**Verwaltung**“
 - Personal
 - Organisation
- in der Abteilung „**Internationales Zivilrecht**“
 - Auslandsunterhalt
 - Internationale Sorgerechts-, Kindesentführungs-, Kinder- und Erwachsenenschutzangelegenheiten
- in der Abteilung „**Internationale Rechtshilfe in Strafsachen; Opferhilfe; Forschung**“
 - Vollzug des Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen („EU-Geldsanktionen“)
- in der Abteilung „**Zentrale Register**“
 - Registerverwaltung (Bundeszentralregister und Gewerbezentralregister)
 - internationale Registerangelegenheiten

- in der Abteilung „**Ordnungsgeld- und Bußgeldverfahren; Zwangsvollstreckung**“
 - inhaltliche Prüfung von Jahresabschlüssen (Durchführung von Bußgeldverfahren nach § 334 des Handelsgesetzbuches)
 - Durchführung von Ordnungsgeldverfahren (§ 335 Handelsgesetzbuch)
 - Justizbeitreibung
- in der Abteilung „**Rechtsinformationssystem des Bundes; Sprachendienst**“
 - Normendokumentation
- in der Abteilung „**Netzwerkdurchsetzungsgesetz; Verbraucherschutz**“
 - Bußgeldverfahren nach dem NetzDG
 - Musterfeststellungsklagenregister
 - Verbraucherstreitbeilegung; Pauschalreiserichtlinie

Anforderungen:

- ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Fachrichtungen Dipl.-Rechtspfleger/ -in (FH), Dipl.-Verwaltungswirt/ -in (FH) oder Dipl.-Wirtschaftsjurist/ -in (FH) bzw. Bachelor of Laws, oder eine vergleichbare Qualifikation, möglichst mit einschlägiger Berufserfahrung;
- breites Grundlagenwissen mit besonderer Erfahrung, z.B. im Wirtschafts-, Handels- und Bilanzrecht, Vollstreckungsrecht, Verwaltungsrecht, Öffentliches Recht, Strafrecht, Strafprozessrecht;
- präzises schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen;
- Eigeninitiative;
- analytische Fähigkeiten sowie eine zielorientierte, selbstständige und gründliche Arbeitsweise;
- uneingeschränkte Bereitschaft zu IT- und datenbankgestütztem Arbeiten;
- eine hohe Leistungsmotivation, sicheres Auftreten sowie eine ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Die uneingeschränkte Bereitschaft zum Erwerb und Erhalt der erforderlichen Fachkenntnisse wird erwartet.

Die Tätigkeiten sind für Tarifkräfte vorbehaltlich der tariflichen Bewertung nach Entgeltgruppe 9c oder 10 TVöD bewertet. Eine Übernahme in ein Beamtenverhältnis ist bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie unter Beachtung des Leistungsgrundsatzes im Rahmen der Personalentwicklung möglich.

Für verbeamtete Bewerberinnen und Bewerber stehen Planstellen in der Funktionsebene des gehobenen nichttechnischen Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 11 BBesG, bei besonderer Qualifikation und Leistung in Ausnahmefällen bis A 12 BBesG zur Verfügung.

Die Einstellung erfolgt bei einschlägiger Berufserfahrung unbefristet. Bei Fehlen von einschlägiger Berufserfahrung oder bei lediglich vorübergehendem Bedarf erfolgt eine Befristung für die Dauer von zwei Jahren, nach deren Ablauf die unbefristete Weiterbeschäftigung, bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Voraussetzungen, auch unter Beachtung des Leistungsgrundsatzes, angestrebt wird.

Bei Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten im Anwendungsbereich des TVöD kann eine Übernahme im Wege einer (möglichst sechsmonatigen) Abordnung mit dem Ziel der Versetzung erfolgen.

Das Bundesamt für Justiz hat sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Ziel gesetzt; die personellen und organisatorischen Möglichkeiten für Teilzeitarbeit werden bei Eingang entsprechender Bewerbungen geprüft.

Bei gleicher Eignung werden schwerbehinderte Menschen nach Maßgabe des SGB IX bevorzugt berücksichtigt; von schwerbehinderten Menschen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten sind ausdrücklich erwünscht.

Liegen die rechtlichen Voraussetzungen vor, werden Trennungsgeld, Reisebeihilfen und Sonderurlaub für Familienheimfahrten nach Maßgabe der Trennungsgeldverordnung (TGV) und der Sonderurlaubsverordnung (SUrIV) gewährt.

Sofern Sie einen ausländischen Hochschulabschluss erlangt haben, fügen Sie Ihren Bewerbungsunterlagen möglichst einen Nachweis über die Anerkennung des Abschlusses durch die Zentrale für ausländisches Bildungswesen (ZAB) der Kultusministerkonferenz bei.

Wir bieten ein aufgeschlossenes Arbeitsteam und eine verantwortungsvolle Tätigkeit, die Ihnen ein hohes Maß an Eigeninitiative ermöglicht; daneben die üblichen Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes und ein kostengünstiges Großkudenticket für den öffentlichen Nahverkehr (Verkehrsverbund Rhein-Sieg).

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bis spätestens zum **18. Januar 2019** an folgende Adresse:

Bundesamt für Justiz
Sachgebiet I 31 (Personal - außer höherer Dienst)
53094 Bonn

oder in elektronischer Form (**1 Anlage** als PDF-Datei mit **max. 8 MB**) an bewerbungen@bfj.bund.de zum Aktenzeichen: 2320/6 - P1 802/2018.

Bei Rückfragen stehen in der Personalverwaltung Herr Weyand (Tel. 0228 99 410 5111) und Frau Steinhagen (Tel. 0228 99 410 5324) gerne zur Verfügung. Aufgrund von Betriebsferien sind wir am 27. und 28. Dezember 2018 nicht erreichbar.

Weitergehende Informationen über das Bundesamt für Justiz sind im Internet unter www.bundesjustizamt.de zugänglich. Dort sind zudem in der Datenschutzerklärung Informationen gemäß Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung und § 55 des Bundesdatenschutzgesetzes veröffentlicht.